GÖTTINGER BLÄTTER

November 2025

BSW-Fraktion im Kreistag VVN FG Cuba DKP Grobian GöLinke

Nach 30 Jahren: Aus für das „Haus der Kulturen“?

Spannende Fragen, die nicht geklärt sind: Was will der Bund mit dem Gebäude/Gelände machen? Was weiß die Stadt Göttingen (Rat und Verwaltung) über den „deal“?



Haus der Kulturen am Tag der Kundgebung, 20.10.25 (Foto: cs)

Eine „Begehung“ des Hauses im Hagenweg am 15. Oktober, anberaumt durch die „BetreiberInnen des Hauses“ (Zukunftswerkstatt e.V.), brachte in diese beiden – wichtigsten – Fragen leider keinerlei Erkenntnisse. Klar geworden ist, dass es irgendwelche Brandschutzauflagen gab, die allerdings samt und sonders bekannt und bereits seit Monaten in Arbeit sind / waren.

Und dann kam – komplett überraschend für die BetreiberInnen – Mitte Sept. die außerordentliche Kündigung aufgrund der Brandschutzauflagen zum 20. Oktober! Aber (im gleichen Schreiben!) wurde vorsichtshalber auch die fristgemäße Kündigung zum 31. Dezember verkündet.

Warum: Angeblich hat niemand eine Ahnung – und eine Begründung muss es bei gewerblichen Verträgen nicht geben!

Zurück zur Begehung am 15. Oktober: Alle Fraktionen und Einzelkämpfer aus dem Rat (natürlich außer der FDP) waren anwesend: Aber weder die Rechtsanwältin Binkenstein (SPD) und Anhang hatten irgendeine Ahnung und darüber hat Hr. Feuerstein noch die Anekdote über die unfassbare Empörung des Hr. Günzler (MdB) erzählt, der bei einer entsprechenden Nachfrage gar an den „Pressesprecher“ des „Vermieters“ verwiesen sein soll!

Ein wenig Spannung ergibt sich aus den Aussagen der BetreiberInnen, dass sie sich in den vergangenen Jahren bei ihren Aus- und Anbauten immer mit der Stadt Göttingen abgesprochen und Genehmigungen erhalten hatten (liegt alles schriftl. vor!). Aber: Der Eigentümer (Bundesanstalt für Immobilienverwaltung oder so ähnlich) war zu keinem Zeitpunkt rechtlich in diese Maßnahmen involviert: Diese hatten (nach Auskunft der BetreiberInnen mündlich oder fernmündlich) aufgefordert, sich mit der Stadt ins Vernehmen zu setzen.

Und nun kommt’s: Die Um- bzw Anbauten – alle mit der Stadt Gö abgeklärt - sind heute Kündigungsgrund! Die Zukunftswerkstatt als Mieterin wird hier einfach zwischen den Verantwortlichkeiten aufgerieben. Das wird auch deutlich, wenn der Baudezernent der Stadt kolportiert wird, dass er diesen Fall nicht auf seinem Tisch sehen will …

OK, und nun geht’s los: ALLE Fraktionen des Rates (da nimmt die CDU wohl auch wieder die FDP mit ins Boot) wollen ihre Sympathie mit dem HdK mittels einer Resolution deutlich machen. Und natürlich: SPD, Grüne und CDU wollen ihre Landtags-, Bundestags- und hast-Du-nicht-gesehen – abgeordneten unbedingt mobilisieren, damit das HdK erhalten bleibt! Ein lobenswerter Ansatz!

(Fortsetzung auf der Seite GROBIAN)

Veranstaltungen im November

3.11. , 18 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben: **Israel am Ende? Nach zwei Jahren Krieg in Gaza ist das Land wirtschaftlich, demographisch und moralisch isoliert;** mit: Dr. Shir Hever
Veranstalter: Göttinger Bündnis für einen Gerechten Frieden in NahOst

5.11. um 18 Uhr, APEX, Burgstr. 46: **Langer Atem: Der Kampf um die Krankenhäuser;** mit: Kalle Kunkel, Pressesprecher des ver.di Landesbezirks Berlin-Brandenburg
Veranstalter: Rosa Luxemburg Club

8.11, 11 bis 15 Uhr, Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 73: **Kommunalpolitischer Ratschlag**
Veranstalter: Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

10.11. 19.00 Uhr, Rotes Zentrum: **Roter Literarturherbst: Es werden fortschrittlich palästinensische Autoren vorgestellt: mit ausgewählten Gedichten von Tawfiq Ziad, Mahmoud Darwish, Ghassan Kanafani und anderen**
Veranstalter: DKP-Göttingen

14.11.: 19.00 Uhr, Jona-Gemeinde, Deisterstr.: **Winterkino Grone: Mariannengraben**
Veranstalter. FilmFreundeGrone und „IN Grone“

21.11., 19.00 Uhr, Alte Feuerwache: **Die Charta der Vereinten Nationen und die europäische Sicherheitsarchitektur;** mit: Michael v. d. Schulenburg
Veranstalter Göttinger Friedensforum und IPPNW

Im Internet:
www.goettinger-linke.de

Kontakt
Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Aus für das „Haus der Kulturen“?	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 12.2025
ist der 20. November
Auslieferung vorraussichtlich am 25.11.

VVN-BdA

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Buchprojekt

„Kinder des Widerstandes“ aus Niedersachsen berichten

Ein aufwändiges Projekt hat die VVN-BdA Niedersachsen in diesen Tagen fast abgeschlossen: Ein Buch mit den Interviews und eigenen Aufzeichnungen von 18 Nachkommen von im Faschismus und unter der Adenauer-Regierung Verfolgten ist im Eigendruck erschienen. Beteiligt daran waren viele ehrenamtliche Helfer/innen und Freunde der VVN/BdA in Niedersachsen.

Es begann vor drei Jahren mit einem Videoprojekt, bei dem der Student Jonas Baake im Auftrag der VVN und gefördert von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten mit Nachkommen Interviews führte. Gefragt wurde unter anderem, wie das Leben von Kindern und Enkeln früherer Widerstandskämpfer/innen und anderer Opfer des Faschismus verlaufen ist und wie sie geprägt wurden.

Dazu waren die Kreisvereinigungen der VVN aufgerufen, nach geeigneten Kamerad/innen zu suchen. Aus diesen Vorschlägen sowie mit anderen vom Landesvorstand Ausgewählten kamen schließlich die Erinnerungen von 18 Kindern und Enkeln zusammen.

Aus dem Raum Göttingen wurden die Töchter von Peter Dürrbeck, u.a. langjährigen Kreissprecher der VVN-BdA KV Göttingen, und Enkelkinder von Herta Dürrbeck, ehemalige Landtagsabgeordnete der KPD, Regina Nebel und Karin Rohrig, interviewt. Die Erfahrungen der Halbschwestern sind im Beitrag „Flugblätter während der Schulzeit verteilt“ nachzulesen.

Mensch und Technik eingesetzt

Nachdem alles „im Kasten“ war, wurden in einem zweiten Projekt diese Interviews zu einem Buch zusammengestellt. Zuerst wurden die Videos durch eine Software automatisch als Text umgewandelt, dann mussten noch viele Worte und Zwischenbemerkungen wie ‚Ähm‘ und ‚wo war ich stehengeblieben‘ geändert werden, bevor daraus ein fertiger und lesenswerter Text herauskommen konnte.

Daher wurde nach Freiwilligen in und im Umfeld der VVN gesucht, die die Texte auf die Kernaussagen reduzieren sollten. Frühere Lehrer/innen, Redakteure sowie viele andere Ehrenamtliche haben sich daran beteiligt. Am Ende waren es an die 50 Unterstützer/innen, die mit der Erstellung der Interviews, dem Einkürzen und auch am Ende mit dem Korrekturlesen der fertigen Veröffentlichung eingebunden waren. Bei der jetzt beginnenden Bekanntmachung und Verteilung der 1200 gedruckten Exemplare an Schulen und Bibliotheken werden weitere Mitglieder und Freunde der VVN eingebunden. „Ein herzliches Dankeschön an alle“, sagt Hartung im Namen des Landesvorstandes.

Fotos und Unterschriften

Das Büchlein im DIN A 5-Format mit 122 Seiten bietet nicht nur Texte, sondern auch Porträts und Unterschriften der Nachkommen sowie die Fotos, die sie bereitgestellt haben. Wo noch Platz war, wurden passende Illustrationen von Mecki Hartung und Heide Kramer eingefügt. Für ein Vor-/Grußwort konnte neben Dr. Elke Gryglewski von der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten, die das Buch finanziell gefördert hat, der frühere verdi-Chef Frank Bsirske gewonnen werden.

Gegen die AfD

Eine Bibliografie mit weiteren Erinnerungen aus Niedersachsen ergänzt das Druckwerk. Am Ende richten sich die Nachkommen in einer Resolution gegen eine Zusammenarbeit mit und für ein Verbot der AfD.
Nicht alle waren mit einer Veröffentlichung ihres richtigen Namens und im Internet einverstanden, ein Zeitzeuge zog angesichts der politischen Lage die Zustimmung zur Veröffentlichung sogar zurück. Zwei „Kinder“ sind vor der Drucklegung verstorben. Die meisten Interviews sind unter der Adresse www.kdw.vvn-bda-niedersachsen.de zu finden.

Das Buch soll zum **9. November** offiziell der Presse vorgestellt werden. Zu beziehen ist es über die VVN-BdA Niedersachsen unter der Adresse buero@vvn-bda-niedersachsen.de oder per Post an **VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161 Hannover.**

Termine

Donnerstag, 20.11.2025, 16:00 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das „Café INTI“, Wilhelmsplatz, Göttingen

Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba
Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

11.November, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Jüdenstraße

VNB unser Kooperations- u. Bildungspartner
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

„Der Dialog beginnt nicht mit Ausschlüssen."

Gustavo Petro gab diesen Mittwoch bekannt, dass er am bevorstehenden Amerika-Gipfel im Dezember in der Dominikanischen Republik nicht teilnehmen wird, nachdem Kuba, Nicaragua und Venezuela ausgeschlossen wurden
Autor: Redacción Internacional | informacion@granmai.cu



„Ich werde nicht am Amerika-Gipfel in der Dominikanischen Republik teilnehmen. Dialog beginnt nicht mit Ausschlüssen", erklärte der kolumbianische Präsident Gustavo Petro im sozialen Netzwerk x.

„Lateinamerika muss sich nicht auf die Seite der mächtigen Nationen stellen, die sich ständig fluktuieren. Lateinamerika muss sich mit konkreten Projekten intern integrieren", betonte er.

Seine Entscheidung ist auf den Ausschluss Kubas, Venezuelas und Nicaraguas von der zehnten Ausgabe des Gipfels zurückzuführen, der am 4. und 5. Dezember in Punta Cana stattfinden wird. Petro schließt sich damit der Position der mexikanischen Präsidentin Claudia Sheinbaum für die Würde Lateinamerikas und der Karibik sowie der der Delegierten des 9. Kontinentalen und Karibischen Solidaritätstreffens mit Kuba an, die angesichts des „brutalen einseitigen Drucks der Vereinigten Staaten" sofort einen inklusiven Gipfel der Völker in Santo Domingo vorgeschlagen hatten.

Washington eskaliert gegen Caracas

US-Kommandeur wirft Handtuch. Resolution gegen illegalen Kriegseinsatz
(aus: jw v. 17.10.25)

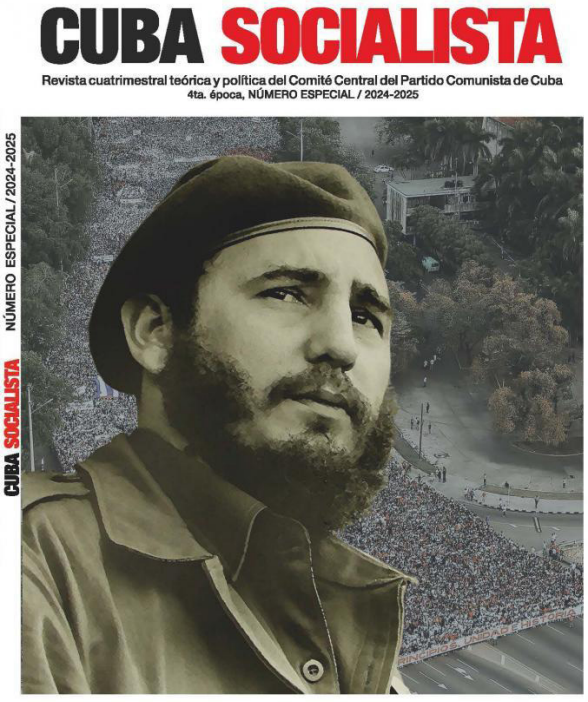
Die USA eskalieren die Konfrontation mit Venezuela. Nach dem jüngsten Angriff der US-Marine auf ein angebliches Drogenboot im Karibischen Meer hat Caracas am Donnerstag (Ortszeit) den UN-Sicherheitsrat eingeschaltet. Botschafter Samuel Moncada warf Washington »außergerichtliche Hinrichtungen« vor und forderte eine Untersuchung der »völkerrechtswidrigen Angriffe auf zivile Schiffe«. Bisher kamen bei mindestens fünf solcher Attacken 27 Menschen ums Leben, darunter Fischer aus Kolumbien sowie Trinidad und Tobago.

Unterdessen ermächtigte US-Präsident Donald Trump die CIA zu verdeckten Operationen in Venezuela. US-Langstreckenbomber des Typs B-52 näherten sich der Küste des Landes. Die Militärpräsenz in der Karibik wird mit einem weiteren Zerstörer, Kampfjets, einem Atom-U-Boot und 6.500 Soldaten aufgestockt.

Venezuelas Präsident Nicolás Maduro verurteilte die »imperiale Aggression«. Die CIA, so Maduro, sei »eine Mörderbande, die seit Jahrzehnten in Lateinamerika putscht und tötet«. Vizepräsidentin Delcy Rodríguez wies zugleich Berichte in US-Medien über eine angebliche Spaltung in der Regierung als »Fake News« und psychologische Kriegführung zurück.

International und in den USA selbst wächst der Widerstand gegen Trumps Vorgehen. Die Bewegung der Blockfreien Staaten verurteilte die Aggressionen am Mittwoch in einer Erklärung und versicherte Venezuela ihre Solidarität. Brasiliens Präsident Lula da Silva wies jede militärische Option zurück und betonte das Prinzip der Nichteinmischung. In Russland wurde am Donnerstag ein strategisches Partnerschaftsabkommen mit Venezuela dem Parlament zur Ratifizierung vorgelegt.

In den USA kündigten demokratische und republikanische Senatoren am Freitag eine Resolution an, die einen Militäreinsatz ohne Zustimmung des Kongresses verbieten soll. Sie werfen Trump vor, er führe einen »Präventivkrieg« ohne Rechtsgrundlage. Als weiteres Zeichen innerer Spannungen galt am Donnerstag der überraschende Rücktritt von Admiral Alvin Holsey, dem Chef des für Lateinamerika zuständigen Südkommandos der US-Streitkräfte (Southcom).



Cuba Socialista, die theoretische und politische Zeitschrift des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas, präsentiert ihren Lesern die Sonderausgabe 2024–2025 und beinhaltet Inspirationen zur dritten Ausgabe - zum Auftakt der Gedenkfeierlichkeiten zum 100. Jahrestag des Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz im Jahr 2026 - des Internationalen Treffens für Theoretische Publikationen Linker Parteien und Bewegungen, das ab dem 13.10.25 in Havanna stattfindet.

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen
Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 3, 37073 Göttingen
https://goettingen.dkp.de • goettingen@dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Haus der Kulturen bleibt! Vielfalt statt Kriegstüchtigkeit

Rede der DKP auf der Kundgebung zum Erhalt des Haus der Kulturen am 20. Oktober



Mein Name ist Gunnar Siebecke, ich spreche hier für die DKP. Die DKP arbeitet in der Kommunalpolitik mit der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke zusammen.
Ich möchte hier jetzt nichts von dem Gesagten wiederholen; ich kann mich nur den Forderungen meiner Vorredner*innen anschließen und den Betreiben*innen und Macher*innen des Hauses der Kulturen meine Hochachtung ausdrücken!

Ich möchte mit meinem Beitrag die Aufmerksamkeit auf ein etwas anderes Thema lenken, das aber durchaus mit der Kündigung zu tun hat:
Die zentrale Frage, **WARUM** es hier zur Kündigung kommt bzw. bereits gekommen ist, ist ja weiterhin - komplett ungeklärt: Nichts und niemand kann hierauf eine gesicherte Antwort geben; auch nicht die örtlichen VertreterInnen der Kriegs-, pardon, Regierungskoalition in Berlin. Also bleibt ja nur übrig, eigene Überlegungen anzustellen:

Anhaltspunkt 1: Das Haus gehört jener „Bundesanstalt für Immobilien“ (oder so) und dieses Amt verwaltet nun mal - auch ? – Liegenschaften der Bundeswehr. Und wir wissen, dass dieses Haus bis in die 70-er oder gar 80-er Jahre Kleiderkammer der Bundeswehr war und ihr bis heute gehört.
Anhaltspunkt 2: Das gesamte Gelände wurde in diesem Jahr von einem stabilen und hohen Zaun umgeben, der sich an den Eingangspunkten schnell schließen und mit einer Schranke versehen lässt.
Anhaltspunkt 3: Es wurde bekannt, dass dieses Amt in Kiel vor etlichen Jahren ein Bundeswehrgelände an die Stadt verkauft hat, die gerade jetzt dort ein neues Wohngebiet geplant hatte. Das Amt will dieses Gelände nun zurückkaufen – und die Stadt Kiel soll ihre Pläne für neuen Wohnraum zurückgezogen haben.
Anhaltspunkt 4: Durch die Presse ging im Frühjahr die Nachricht, dass die Bundeswehr auf die Kommunen zugegangen sein soll bzw. zugehen soll, wie die „Zusammenarbeit“ zw. Bundeswehr und Kommunen im Kriegsfall aussehen soll. Und das betrifft natürlich nicht nur irgendwelche Absichtserklärungen und Verlautbarungen sondern reale Straßen, Brücken, Unterkünfte, Logistik etc.
etc.. Was ist einfacher für die Bundeswehr, als zunächst erst einmal auf die Liegenschaften zurückzugreifen, die ihr selbst gehören?
Anhaltspunkt 5: Zur Zeit erleben wir einen parlamentarischen Streit, wie die 80.000 zusätzlichen SoldatInnen rekrutiert werden können, die dazu dienen, dass die Bundesrepublik (lt, Pistorius) zur stärksten Armee der EU wird: 80.000! Die brauchen entsprechende Kasernen, Waffen, Übungsplätze etc. etc.
Also; die fünf von mir genannten Anhaltspunkte – wie gesagt: bei bisher ohne genannte Kündigungsgründe für das Haus der Kulturen – lassen mich vermuten, dass es sich hier ganz „einfach“ um einen ganz kleinen Teil der vielbeschworenen „Kriegstüchtigkeit“ handelt, den wir hier erleben. Und den Auswirkungen dieser Kriegstauglichkeit werden wir in den nächsten drei / vier Jahren (denn dann soll ja nach Voraussagen der deutsche Militärs und Politik „der Russe“ kommen), dem werden wir noch mehrfach begegnen – ohne jegliche Rücksicht auf die engagierte, im Zivilleben absolut wichtige Arbeit, die im entsprechen Fall einfach zerstört wird.
Doch zurück zur Kündigung des Mietvertrages des Haus der Kulturen: Wenn sich hier etwas von meinen Überlegungen bewahrheitet, wird es hier, für uns, nie eine Erklärung für diese Kündigung
geben und die wertvolle Arbeit des Vereins Zukunftswerkstatt und aller anderen Einrichtungen und Initiativen werden – nach wahrscheinlich ein paar Monaten der Rechtsstreitigkeiten – sang- und klanglos eingestellt werden müssen. Und die Zivilgesellschaft, hier vor allem die Stadt Göttingen, muss zusehen, wie sie damit klarkommt.

Mein Aufruf ist, sich gegen die „Kriegstüchtigkeit“, gegen die Aufrüstung, gegen den Kriegskurs der Bundesregierung zu wenden, dagegen aktiv zu werden, die Aktionen des Göttinger Friedensforum zu unterstützen. Und wir müssen die BefürworterInnen dieser Kriegstüchtigkeit im Rat der Stadt beim Namen nennen und sie entlarven!

Bis zum 1 Mai 1975, dem Tag des Sieges der vietnamesischen Armee über die Streitkräfte der USA und deren Helfer im damaligen Saigon, hieß es: „Keine Mark und keinen Mann für den Krieg in Vietnam“. Ich weiß nicht wie das heute gereimt werden könnte unter den Veränderungen des Euros, der vielen SoldatINNEN, der gegenderten Sprache und dem Kriegsgegner, nämlich Russland! Aber genau darum muss es gehen, wenn wir unsere zivilen Einrichtungen – und damit das Haus der Kulturen - schützen wollen.
(gs)

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 04. November

Dienstag, 18. November

Die Themen der Versammlungen stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

Roter Literaturherbst

10. November, 19 Uhr, Saal der Roten Hilfe
Toto Lyna - Revolutionäre Literatur Palästinas

26. November, 18 Uhr, Ort wird noch bekanntgegeben
Literaturkollektiv nous - „Welches Zuhause?“

GROBIAN
GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- **Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)**
- **Mail: grobian-grone@web.de**
- **Treffen: Montags, 19 Uhr**

unser Kooperations- u. Bildungspartner

VNB

Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Gerechtigkeit für Nariman

Nariman wurde Ende 2024 von einem Polizisten in Göttingen auf offener Straße erschossen.
Die Gruppe „Gemeinsam in Grone – Stadtteiltreffen Grone erinnerte am 17.Oktober auf dem Platz vor dem Nachbarschaftszentrum an ihn und sammelte Spenden, um die Schulden, die für die Beerdigung von der Familie aufgenommen wurden, zu begleichen.



„Damit (mit der Spendensammlung) wollen wir sie (die Familie) entlasten und ihnen in ihrem Schmerz zur Seite zu stehen“ schrieben die Aktivist*innen auf ihrem Flugblatt. Aber sie wollten auch Ihrer Empörung Ausdruck verleihen, dass „immer wieder Personen aus rassistischen Gründen ermordet werden“ (s. auch den letzten Fall in Oldenburg). Sie seien „wütend darüber, dass keine Gerechtigkeit erwartet werden kann, weil die Ermittler aus der selben Institution kommen, wie die Täter“.

Nun war die Aktion keine Massenveranstaltung, aber dennoch konnten einzelne Menschen informiert werden und es sind wohl auch ein paar Euro für die Sammlung zusammengekommen. Ein paar Grobiane haben eine Zeitlang an der Aktion teilgenommen.

Übrigens: Wer etwas spenden will und kann, nutze bitte das offizielle Spendenkonto Gunnar Siebecke

IBAN: DE49 2605 0001 0156 9335 58,
Verwendungszweck: Nariman

Winterkino Grone

Mit dem zweiten Film in dieser „Saison“ (Okt.-März) machen wir weiter mit dem Winterkino 2025/26:
Leider dürfen wir wieder aus lizenzrechtlichen Gründen die Originaltitel der Filme nicht nennen. Aber wir unterrichten Euch gern unter der Adresse „winterkino-grone@web.de“. Das „Motto“ in diesem Jahr ist „Schicksale“!

Film Freunde Grone

Wir zeigen am 14.11.25 den Film

Mariannengraben

Der zweite „Schicksalsfilm“: Eine Reise, die mit großer Trauer beginnt, endet in einer neuen Freundschaft.

19.00 Uhr Jona-Gemeinde, Grone, Deisterstraße (Eingang an der Bushaltestelle)

Einlass ab 18.30 Uhr / Filmbeginn:19.00 Uhr
(Saal und Sanitäranlagen sind rollstuhlgerecht erreichbar.)

(Fortsetzung von S. 1)

Nur: Eine, DIE, zentrale Frage ist weder in die Nähe der allgemeinen Erkenntnis noch in die Nähe der Begehung geraten: WARUM das Ganze: WARUM wurde der Zukunftswerkstatt endgültig zum 31. Dezember gekündigt? Was ist das Interesse dieses Bundesamtes?

Spekulationen:

Das Bundesamt will diese Immobilie, die ja bis in die 70- oder 80-ger Jahre eh Kleiderkammer der Bundeswehr war, wieder in die „Kriegstüchtigkeit“ der Bundesrepublik zurückführen. Dafür könnte sprechen, dass das gesamte Areal in diesem Jahr mit einem stabilen, hohen Zaun umgeben wurde. Und auch aus Kiel wurden Vorhaben dieses Amtes bekannt, die ein entsprechendes Gelände von der Stadt zurückkaufen will.

Ein anderes Interesse könnte sein, dass dieses „Bundesamt“ einfach mehr Knete von den MieterInnen erpressen will. Nur: Davon ist nix zu lesen – und das wäre ja das Normale und Mindeste!

Das Spannende für die kommunalpolitische Szenerie: Wenn nun die fristgemäße Kündigung zum 31.12. greift: Wo will die Stadt eigentlich die vielen Projekte und auch UntermieterInnen des Hauses eingliedern? Hier ist die „Einheitsfront„ der Ratsmitglieder gefordert – zumindest so lange niemand vor Ort etwas über den Sinn der Kündigung weiß. (gs)

BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

Presseerklärung vom 15.10.2025

BSW solidarisiert sich mit Haus der Kulturen

Das BSW in Göttingen und die BSW-Kreistagsfraktion fordern den Erhalt des von Schließung bedrohten Haus der Kulturen. Das BSW fordert die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben auf, die Kündigung unverzüglich zurückzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Eckhard Fascher: „Das Haus der Kulturen ist als Ort der Begegnung, als Zentrum für sprachliche und berufliche Integration und Veranstaltungsort für kulturelle und politische Veranstaltungen in Göttingen einmalig. Auch bietet das Haus der Kulturen Raum nicht nur für andere Migrantenselbstorganisationen, sondern auch für wichtige kommunale Einrichtungen, wie die Jugendhilfe Südniedersachsen.

Es ist im öffentlichen Interesse, das Haus der Kulturen für Göttingen und die Region zu erhalten.“

Situation Haus der Kulturen und Widerstand

Das Haus der Kulturen ist aktuell von einer Kündigung des Mietverhältnisses durch die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) bedroht, nachdem über den Mietzeitraum von fast 30 Jahren aus Sicht des Trägervereins Zukunftswerkstatt (ZW) das Verhältnis mit der BImA bis in die erste Hälfte diesen Jahres positiv und konstruktiv gewesen war.

Nachdem dies bekannt wurde, solidarisierte sich die Göttinger Zivilgesellschaft mit dem Haus. Alle Göttinger Ratsparteien zeigten sich betroffen und möchten das Haus unterstützen. Auch der niedersächsische Sozialminister Philippi, die Oberbürgermeisterin Broistedt, Bundes- und Landtagsabgeordnete haben sich eingeschaltet. Dies zeigte sich auch bei der Solidaritätskundgebung am 20. Oktober, dem von der BImA vorgeschlagenen Abgabetermin. Trotz Schulferien und dem Beginn um 11.30 Uhr waren etwa 250 Menschen gekommen. In den Reden von Menschen aus der Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft wurde die Bedeutung des Hauses für Göttingen und die Weststadt im Besonderen verdeutlicht. Stellvertretend für andere im Haus tätige Migrantenselbstorganisationen machten das Anatolische Kulturzentrum und das Roma-Center die Wichtigkeit des Hauses für ihre Arbeit deutlich. Rednerinnen kultureller Initiativen wie Kunst e.V. und dem Boot-People-Projekt betonten die Wichtigkeit des Hauses als Veranstaltungsort, soziokulturelles Zentrum und Ort der Demokratiearbeit. Eckhard Fascher, der in seiner Funktion als ZW-Vorstandsmitglied die Veranstaltung moderierte, betonte in seiner Begrüßungsrede, die Wichtigkeit des breiten Protests und dass ein ursprünglich zur Kriegsvorbereitung gebautes Gebäude jetzt zu einem Ort der Begegnung unterschiedlicher Menschen geworden ist.

Zum Hintergrund

Die ZW hatte das Gebäude 1996 übernommen, nachdem es ursprünglich als Wehrmachtgebäude errichtet und vor der Wiedervereinigung als Bekleidungskammer der Bundeswehr genutzt worden war.

1996 bestand das Haus überwiegend aus Lagerhallen, nur das erste Obergeschoss war nutzbar. In Absprache mit der BImA und dem zuständigen Bauamt der Stadt Göttingen wurde das Haus durch ehrenamtliche Arbeit, Spenden und Fördermittel nach und nach ausgebaut und umfasst heute neben dem Erdgeschoss mit einem großen Veranstaltungsraum, vier Stockwerke mit jeweils 320 m².

Neben diesen Absprachen fanden jährliche Begehungen des Gebäudes mit der BImA statt, so dass diese über die Entwicklung und den Zustand des Hauses informiert war und ist.

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreistag, Zimmer 66
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen
Tel. 0551/525-2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12
+ Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



Insofern mag es verwundern, dass die offiziellen Gründe der Kündigung Sicherheitsbedenken und die fehlende Umsetzung des Brandschutzkonzepts sind. Die Brandschutzbestimmungen waren 2023 verschärft worden und hatten zur Schließung des nahe der MUSA gelegenen Atelierhauses geführt.

Aber auch hier hatte es bereits Absprachen gegeben. So wurde ein Brandschutzkonzept in Auftrag gegeben und im Januar gemeinsam eine von der ZW abzuarbeitende Liste mit Sicherheitsmängeln erstellt, die diese teilweise abgearbeitet hatte bis die BImA die ZW aufforderte, das Brandschutzkonzept abzuwarten. Dieses schickte dann die BImA der ZW im September mit einer Räumungsaufforderung zu. Dies erscheint völlig unverständlich, so dass es zahlreiche Spekulationen darüber gibt, was die BImA mit dem Gebäude eigentlich vorhat.

Dem darauf eingelegten Widerspruch folgte die fristlose Kündigung. Aktuell ist diese wohl nicht durchsetzbar, es steht aber noch eine „ordentliche“ Kündigung zum 31.12. im Raum, die bei Gewerberäumen sehr viel leichter durchsetzbar ist als bei Mietverhältnissen von Personen. Zur Durchsetzung ihrer Rechtsinteressen hat die ZW eine anerkannte große Göttinger Anwaltskanzlei beauftragt.

Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Das Haus der Kulturen muss erhalten bleiben!

Eine fristlose Kündigung, die zunächst abgewendet werden konnte und eine fristgemäße Kündigung zum 31. Dezember d.J. (s. Seite 1).
Was wird aus den Vereinen, Initiativen aber auch den vielen Untermietern?



Bei der Begehung des Hauses am 15. Oktober durch die VertreterInnen der Ratsparteien schilderte Koshrow Djanghiri vom Haus der Kulturen noch einmal die unglaublichen Leistungen, die in vergangenen 30 Jahren in diesem Haus vollbracht wurden: Ein überragendes Beispiel zivilgesellschaftlicher Arbeit, die hunderten von Menschen – mit und ohne Migrationshintergrund – eine „Heimat“ bieten.

Alle Arbeiten – sowohl inhaltlicher und pädagogischer als auch bautechnischer Arbeit wurde durch Ehrenamtliche erledigt oder wurden durch Projekte finanziert.

Was passiert, wenn die Vermieterin diese Kündigung nicht zurücknimmt? Eine Übertragung der verschiedenen Tätigkeiten – und auch der diversen Räumlichkeiten - in ein anderes Gebäude der Stadt ist nicht denkbar.

Dies ist nicht nur bei der Begehung am 15.10., an der alle Parteien und Einzelkämpfer (außer der FDP) teilgenommen haben, auch bei Allen angekommen: Von Olaf Feuerstein (CDU) über Frau Wiethaupt (SPD) bis Francisko-Welter Schultes (Einzelkämpfer) war klar, dass man sich der Initiative der Wähler*innengemeinschaft, die der Fraktionsvorsitzende Jost Lessmann angestoßen hatte, anschließen will: Es sollen alle „Kanäle“ genutzt werden, diese in Göttingen einmalige Einrichtung zu erhalten!
Auch am Montag, 20. Oktober, haben zahlreiche Redner*innen auf die Einmaligkeit dieses Projektes hingewiesen und vor allem den Standort in der Weststadt hervorgehoben.
Darüber hinaus soll eine Resolution im Rat der Stadt als fraktionsübergreifende Initiative verabschiedet werden, die den Erhalt fordert.

(gs)

Kontakte
Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:
Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Hendrik Falkenberg, , Jost Leßmann, Peter Strathmann
Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten:
Mi: 10:00 - 12:00
14:00 - 16:30 (nach Vereinbarung)
Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:
Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

1. Kommunalpolitische Ratschlag zur Vorbereitung der Kommunalwahl 2026:

Samstag, 8 Nov., 11.00 – 15.00 Uhr, A+L, Lange Geismarstr. 73

- Hauptthema: **Wohnungspolitik**
- Gründung von Arbeitsgruppen für das Wahlprogramm 2026

(Bitte eigene Verpflegung mitbringen!)

Vorankündigung: **2. Ratschlag am 13. Dez. 2025**; gleicher Ort, gleiche Zeit

- Hauptthema: **Kommunale Finanzen**
- erste Berichte aus den Arbeitsgruppen

Wählerinnengemeinschaft
Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Ratsinfo im November aktuell

Pressemitteilung vom 13.10.2025

Das Haus der Kulturen in der Weststadt muss erhalten bleiben – Göttingen darf diesen Ort nicht verlieren

Das drohende Aus für das Haus der Kulturen in der Weststadt wäre ein schwerer Verlust für Göttingen. Nach fast drei Jahrzehnten engagierter Arbeit steht die Zukunft des Hauses und des Trägervereins Zukunftswerkstatt e.V. auf dem Spiel. Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) hat die fristlose Kündigung ausgesprochen und das Gebäude soll am 20. Oktober geräumt sein.

Das Haus der Kulturen ist seit seiner Gründung ein zentraler Ort für Integration, Bildung, Begegnung und kulturelle Vielfalt. Hier finden Deutsch- und Integrationskurse, Beratungs- und Qualifizierungsangebote, Jugendhilfeprojekte sowie kulturelle und politische Veranstaltungen statt. Das Haus bietet zahlreichen Migrant*innenorganisationen Raum, sich zu vernetzen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.
Im Haus sind unter anderem die Afghanistan-Kulturhaus, das Anatolische Kulturzentrum, die Jesidische Gemeinde, die Roma-Allianz, die iranische Community und viele weitere Vereine aktiv. Außerdem beherbergt das Gebäude eine Rechtsanwaltskanzlei für Ausländer- und Sozialrecht, eine Selbsthilfe-Fahrradwerkstatt, Sprach- und Nachhilfeangebote für Kinder und das Jugendhilfeprojekt „Zeitweise“.

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Mi: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:30 Uhr
Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

Mit dem Wegfall dieses Hauses ginge ein einmaliger Ort verloren, an dem Menschen verschiedenster Herkunft gemeinsam aneu schaffen. „Das Haus der Kulturen ist ein Herzstück der Göttinger Zivilgesellschaft. Es steht für gelebte Integration, für Solidarität und für das Miteinander unterschiedlicher Kulturen. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieser Ort verschwindet,“ erklärt Jost Leßmann, Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke.
Wir stehen solidarisch an der Seite der Zukunftswerkstatt e.V. und aller Menschen, die das Haus der Kulturen mit Leben füllen.
Dieses Haus zu erhalten heißt, Zusammenhalt und Vielfalt in Göttingen zu verteidigen.

Nicht die Mieter*innen sind das Problem, sondern die Immobilienkonzerne

Seit Monaten wird über die **Groner Landstraße 9** berichtet, oft mit einem Blick, der die Bewohner*innen zu Problemfällen erklärt. Für uns war von Anfang an klar: Das Problem liegt nicht bei den dort lebenden Menschen, sondern bei einem System, das Armut zu einem Geschäftsmodell macht.
In dem Gebäude wohnen viele Transferleistungsbeziehende, daher orientieren sich die Mieten genau an den „Kosten der Unterkunft“, die das Jobcenter übernimmt. Das bedeutet: Es wird kein günstiger Wohnraum geschaffen, sondern maximaler Profit auf dem Rücken der Ärmsten erzielt - mit öffentlichen Geldern. Gleichzeitig verfällt das Haus: fehlende Instandhaltung, Schimmel, defekte Leitungen. Jetzt wurde auch noch die Heizung abgestellt: ein weiteres Zeichen dafür, dass die Eigentümer*innen ihre Verantwortung längst nicht mehr wahrnehmen.

Die Hausverwaltung begründet die Abschaltung der Heizung mit offenen Mieten und anstehenden Reparaturen. Doch unter der Entscheidung leiden alle, auch Mieter*innen, die ihre Zahlungen leisten. Statt für funktionierende Lösungen zu sorgen, werden ganze Hausgemeinschaften in schwierige Lagen gebracht. Dass Menschen mitten im Herbst ohne Heizung dastehen, ist nicht hinnehmbar und zeigt, wie verantwortungsloses Handeln auf dem Rücken der Bewohner*innen ausgetragen wird.
Dabei trägt die Stadt diese Missstände schon seit Jahren mit. Über die laufenden Mietzahlungen aus öffentlichen Mitteln sind längst enorme Summen in dieses Gebäude geflossen; ohne dass sich die Lebensbedingungen dort verbessert hätten. Das ist kein Zufall, sondern Ausdruck eines Systems, in dem Wohnen zur Ware geworden ist. Manche Immobilienkonzerne nutzen jede Lücke, um aus Notlagen Kapital zu schlagen und lassen die Verantwortung am Ende bei den Mieter*innen und der Stadt. Wenn Rendite über Menschenwürde steht, entsteht sozialer Verfall.

„Die Groner Landstraße 9 ist ein Beispiel dafür, wohin jahrzehntelange Privatisierungspolitik führt: Öffentlicher Wohnraum wurde verkauft, Kontrolle abgebaut, soziale Verantwortung ausgelagert. Die Stadt darf das nicht weiter hinnehmen. Sie muss eingreifen, kontrollieren, Druck ausüben und soziale Mindeststandards durchsetzen“, kommentiert der Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke Jost Leßmann die wohnungspolitische Lage. Er fügt hinzu:
„Wenn das Gebäude verkauft wird, muss sichergestellt sein, dass sich die Zustände nicht wiederholen und den jetzigen Bewohner*innen die Unterstützung geboten wird, die sie brauchen, um ein würdiges Leben in unserer Stadt zu erhalten. Eine Übernahme durch die Stadt oder gemeinwohlorientierte Träger wäre eine Möglichkeit, um endlich stabile und menschenwürdige Wohnverhältnisse zu schaffen“.

Aber es geht um mehr als dieses eine Haus. Die Groner Landstraße 9 steht stellvertretend für ein Systemversagen. Solange Wohnen dem Markt überlassen bleibt, wird es immer Menschen geben, die in kaputten Häusern leben müssen, weil sie keine Alternative haben.

Wir sagen klar: **Wohnen darf keine Ware sein**. Die Stadt muss Verantwortung übernehmen - nicht, weil sie das will, sondern weil sie es muss, wenn Menschenrechte mehr zählen sollen als Rendite.